

Bern, 8. September 2015

Medienmitteilung

Den Bogen nicht überspannen

Auftakt zur Herbstsession 2015

Die Schweiz ist bereits dank freiwilligen Massnahmen weltweit führend im Umweltschutz. Die FDP-Liberale-Fraktion lehnt daher weitere Regulierungen ab. Auch ausgesprochen hat sie sich für eine sicher finanzierte Altersvorsorge. Die FDP will das Rentenniveau stabilisieren, nicht aber ausbauen. Zudem hat die Fraktion beschlossen, eine Interpellation für eine bessere Berücksichtigung des Fahrkostenabzugs bei der Bundessteuer einzureichen.

Die Schweizer Wirtschaft ist grün. Mehrfach ist der Schweiz bestätigt worden, dass sie punkto Ressourcenverbrauch und Ressourcenschonung vorbildlich handelt. Die Unternehmen in unserem Land haben viel dazu beigetragen, dass wir in Umwelt-Rankings regelmässig die vordersten Plätze belegen. Dank einer schlanken aber effizient auf den Umweltschutz ausgerichteten Regulierung ist dies möglich. „Sowohl mit der Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ als auch mit dem indirekten Gegenvorschlag drohen Überregulierungen eingeführt zu werden. Im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld wäre dies fatal“, sagt NR Christian Wasserfallen. Es ist daher unangebracht, an dieser Stelle weitere Bestimmungen zu beschliessen, die mehr Bürokratie und höhere Kosten mit sich brächten, der Umwelt aber verhältnismässig wenig helfen würden.

Altersvorsorge 2020

Die FDP fordert eine sicher finanzierte Altersvorsorge. Den von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Ständerates beschlossene Ausbau der AHV lehnt die FDP klar ab. Dieser müssten über neue Lohnprozente finanziert werden, was zu Lasten von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern ginge und die Lohnkosten in unserem Land weiter verteuerte. Zudem würden diese Mehrkosten ab 2030 ein noch grösseres Loch in die AHV-Kasse reissen. „Die FDP will das Drei-Säulen-System der Altersvorsorge für die nächste Generation sichern“ unterstreicht SR Felix Gutzwiller. Ein giesskannenartiger Ausbau der AHV sei auf dem Hintergrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage inakzeptabel. Die FDP lehnt solche Spiele mit unserer Altersvorsorge entschieden ab und beschloss einstimmig, das Geschäft in der Gesamtabstimmung abzulehnen, sollten sich die Minderheiten Gutzwiller nicht durchsetzen.

Ungleichbehandlungen beseitigen

Mit der Annahme der FABI-Vorlage (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) wurde per Anfang 2016 die Beschränkung des Fahrkostenabzuges bei der direkten Bundessteuer auf CHF 3'000.– beschlossen. Gemäss Bundesrat betrifft diese Beschränkung nur 20 % der Bundessteuerpflichtigen. „In Tat und Wahrheit sind gerade in ländlichen Regionen

aber deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger betroffen", legt NR Daniela Schneeberger dar. Eine von der FDP-Fraktion eingereichte Interpellation soll daher unter anderem Klarheit darüber schaffen, wie der Bundesrat die Ungleichbehandlungen zwischen ländlichen und urbanen Regionen beheben will.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

- › Gabi Huber, Präsidentin FDP-Liberale Fraktion, 076 331 86 88
 - › Felix Gutzwiller, Vize-Präsident FDP-Liberale Fraktion, 079 419 32 55
 - › Ignazio Cassis, Vize-Präsident FDP-Liberale Fraktion, 079 318 20 30
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Aurélie Haenni, Mediensprecherin Westschweiz, 079 315 78 48
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.